
RN/73

13.18

Abgeordneter Mag. Manfred Sams (SPÖ): Danke, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der 14. Umweltkontrollbericht hält uns einen Spiegel vor, er zeigt, wie tiefgreifend die ökologischen Herausforderungen sind: vom Klimawandel über den Verlust der Artenvielfalt bis hin zu Schadstoffen, Flächenverbrauch und steigendem Ressourcendruck.

Ein zentrales Thema ist die Zersiedelung, also die unkontrollierte Ausdehnung großflächiger Gewerbe- und Siedlungsflächen in die Landschaft. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu einer nachhaltigen Energie- und Mobilitätswende. Zwischen 1975 und 2020 haben sich die stark zersiedelten Flächen in Österreich verfünfacht, von rund 1 100 auf 5 800 Quadratkilometer. Immer mehr Boden wird verbaut, zerschnitten und versiegelt – mit massiven Folgen. Zersiedelung macht Infrastruktur teuer und ineffizient, zerstört Lebensräume und treibt den Verlust der Biodiversität voran. Sie ist keine ästhetische, sondern eine ökologische und wirtschaftliche Frage.

Schauen wir nach Oberösterreich: Dort werden täglich rund 21 000 Quadratmeter Boden verbraucht, rund 40 Prozent davon versiegelt. Das Land Oberösterreich fördert inzwischen Entsiegelungsprojekte, aber letztendlich ist das Symptombekämpfung. Entscheidend ist, dass weniger neuer Boden verbraucht wird. Der Schutz des Bodens ist keine Kür, sondern die Grundlage unserer Ernährungssicherheit, unserer Artenvielfalt und unserer Klimastabilität. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Boden ist endlich und er erneuert sich nicht im politischen Zyklus, sondern über Jahrhunderte. Das Regierungsprogramm 2025 bis 2029 sieht vor, den Flächenverbrauch auf 2,5 Hektar pro Tag zu begrenzen – ein ambitioniertes,

aber notwendiges Ziel, denn nur so können wir den Rückgang der Bodendiversität stoppen und Boden als Lebensgrundlage sichern.

Der Umweltkontrollbericht zeigt aber auch, eine Trendwende ist noch nicht geschafft. Es fehlt an gemeinsamer Richtung, an Koordination zwischen Ländern und Gemeinden und am Willen, verbindliche Ziele festzulegen.

Meine Damen und Herren, Bodenschutz darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Wir brauchen klare Zuständigkeiten, verbindliche Vorgaben und gemeinsame Ziele im Interesse kommender Generationen. Zukunft wächst nur dort, wo wir den Boden dafür bewahren. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

13.21

Präsidentin Doris Bures: Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Ines Holzegger.